



„Gute Arbeit in Bayern. Gutes Leben in Bayern.“

Forderungen des DGB Bayern zur Landtagswahl

Gute Arbeit in Bayern

Wirtschaft entwickeln, Umwelt schützen, Arbeit schaffen

Umweltpolitik, Wirtschafts- und Strukturpolitik und Arbeitsmarkt sind eng miteinander verzahnt. Grundlage für eine aktive und erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist es, die industrielle Basis sowie die Dienstleistungen zu stärken und zu entwickeln. Nur die Förderung von Hochtechnologiezentren als Leuchttürme reicht nicht aus. Das Ziel bleibt, vergleichbare Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in ganz Bayern zu schaffen. Investitionen in umweltfreundliche Energiegewinnung, Technologien und Werkstoffe erhalten im Zeitalter des industriellen Wandels sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und stärken den Wirtschaftsstandort Bayern. Staatliche Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung haben mehrdimensionalen Nutzen. Sie stärken die ortsansässigen Wirtschaftskreisläufe durch Aufträge an kleine- und mittelständische Unternehmen und entlasten gleichzeitig Kommunen und Verbraucher von steigenden Energie- und Rohstoffkosten.

Der DGB Bayern fordert für die neue Legislaturperiode

- Verstärkte Investitionen der öffentlichen Hand in zukunftsnotwendigen Bereichen wie öffentlicher Personennahverkehr oder Sanierung von Wasser, Kanal oder Straßen sind erforderlich.
- Regionale Entwicklungskonzepte müssen die Stärkung und Verbesserung der Qualifikationen der Beschäftigten und die Überwindung regionaler Unterschiede im Blick haben. Die Clusterpolitik der Staatsregierung darf nicht auf technologischen Großprojekten stehen bleiben, sondern muss stärker mit den strukturpolitischen Problemen in Bayern verzahnt werden.
- Wir wollen Investitionen zur Verbindung von Umwelt und Arbeit. Energetische Sanierung des Wohnungsbestandes dient sowohl der Schaffung von Arbeitsplätzen als auch nachhaltiger Umweltpolitik.
- Die energetische Sanierung des Wohnbestandes muss durch Anreizprogramme für Miethauseigentümer und den sozialen Wohnungsbau verstärkt werden.
- Wir wollen vermehrt Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau des Nah- und Fernwärmenetzes.
- Nötig ist die Schaffung einer vorbildlichen, an der Gemeinwohlfunktion orientierten Bewirtschaftung des Waldes; hier kommt dem Staatswald eine besondere Vorbildfunktion zu.

Mindestlohn in Bayern

Immer mehr Menschen im Freistaat werden mit Niedriglöhnen abgespeist, Minijobs nehmen ebenso zu wie die Aufstockung ausbeuterischer Löhne durch Steuermittel. Jeder fünfte Arbeitnehmer arbeitet im Niedriglohnsektor. Rund 1,3 Mio. Menschen arbeiten entweder ausschließlich oder zusätzlich zu ihrem Haupterwerb in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Der Niedriglohnsektor frisst sich immer weiter in den Arbeitsmarkt hinein. Niedriglohnjobs bedeuten Unsicherheit für die Beschäftigten und oftmals ein Einkommen, das nicht mehr zum Leben reicht.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Der DGB Bayern initiiert ein Volksbegehren zum Mindestlohn auf Grundlage des Artikels 169 der bayerischen Verfassung. Ziel ist ein bayerisches Mindestlohngesetz, das für Arbeitnehmer, die Vollzeit arbeiten, mindestens existenzsichernde Löhne garantiert. Wir fordern die Parteien auf, sich gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für einen Mindestlohn in Bayern einzusetzen und ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen.

gute Arbeit schaffen!

Prekäre, unsichere Beschäftigung wächst auch in Bayern. Immer mehr Menschen werden nur befristet beschäftigt, die Zahl der Leiharbeiter hat mit über 127.000 einen neuen Höchststand erreicht. Knapp 400.000 Beschäftigte brauchen mindestens einen Zweitjob, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Ungelöst ist das Problem des Lohndumpings bei Aufträgen der öffentlichen Hand und zwar über den Baubereich hinaus.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Wir fordern ein neues bayerisches Vergabegesetz, das den Geltungsbereich erweitert und wirksame Sanktionen einführt.
- Die Beschäftigten wollen gute, qualifizierte Arbeit. Dies muss neben der Innovationsförderung zum Ziel der bayerischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden
- Wir fordern eine Initiative der künftigen bayerischen Staatsregierung im Bundesrat, damit auf Bundesebene Maßnahmen ergriffen werden, die die prekäre Beschäftigung auf ein Mindestmaß zurückführen. Gesetzliche Regelungen, die Mini- und Midijobs fördern und reguläre Arbeit verdrängen, müssen beseitigt werden. Leiharbeit darf nur die wirklichen „Spitzenlasten“ in den Betrieben abdecken. In einem ersten Schritt muss die Zeitarbeitsbranche in das Entsendegesetz aufgenommen werden.

Qualifikationen zukunftssicher machen

Die Wirtschaft in Bayern beklagt fehlende Fachkräfte. Dennoch wird seitens der Unternehmen zu wenig getan, Beschäftigte für neue Aufgaben zu qualifizieren. Der Anteil der Beschäftigten, die Weiterbildung bekommen, stagniert in Bayern bei 22 Prozent. Gleichzeitig werden die Kosten für Weiterbildung zusehends auf die Beschäftigten verlagert.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Die bayerischen Beschäftigten brauchen ein bayerisches Weiterbildungsgesetz mit Freistellungsanspruch, um „lebenslanges Lernen“ zur gelebten Wirklichkeit werden zu lassen.
- Weiterbildung ist auch eine öffentliche Aufgabe. Um sie zu fördern und effiziente Vermittlungsdienste bereitzustellen, muss eine entsprechende Infrastruktur im Freistaat geschaffen werden. Weiterbildungsberatung muss flächendeckend als öffentliche Einrichtung etabliert werden.
- Staatliche Schulen und Universitäten müssen für gezielte Weiterbildung für Arbeitnehmer geöffnet werden.

Ausbildung ist Zukunft

Trotz gegenteiliger Beteuerungen, bleiben immer noch viel zu viele Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz auf der Strecke. Von allen ausbildungsberechtigten Betrieben in Bayern bilden nur 48% aus. Die Zahl der Altbewerber steigt; diesen Jugendlichen fällt es immer schwerer, einen qualifizierten Einstieg in die Arbeitswelt zu bekommen. Insbesondere in Nordbayern gehen viel zu viele Jugendliche bei der Suche nach einer Ausbildung leer aus.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Der Freistaat muss als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst seine eigene Ausbildungsleistung deutlich erhöhen. Wir fordern eine Steigerung der Ausbildungsquote auf mindestens 7%.
- Die bayerische Wirtschaft muss an der Verbesserung der Ausbildungssituation finanziell angemessen beteiligt werden. Eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben innerhalb der zuständigen Kammern ist nötig.

Freie Zeiten erhalten

Es gibt keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten und der Sicherung von Arbeitsplätzen sowie dem Erhalt klein- und mittelständischer Unternehmensstrukturen. Die Ausweitung der Öffnungszeiten ist im Gegenteil verantwortlich für einen zunehmenden Konzentrationsprozess im Einzelhandel. Besonders deutlich wird dies im Lebensmitteleinzelhandel. Während der Lebensmittelumsatz in den vergangenen zehn Jahren um 11,5 Prozent gestiegen ist, sank die Zahl der Einzelhandelsunternehmen um rund 27 %. Die Schwierigkeiten des Einzelhandels haben nichts mit den Öffnungszeiten zu tun sondern damit, dass die Menschen weniger Geld zum Konsumieren haben. Die Tendenz, die Verkaufs- und Arbeitszeiten auszudehnen, senkt die Lebensqualität der im Einzelhandel arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie greift auch immer stärker auf den Sonntag über.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Wir fordern arbeitnehmerfreundliche Ladenschlusszeiten, die es ermöglichen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.
- Eine Ausdehnung der Sonntagsarbeit lehnen wir ab. Der Sonntag muss – von notwendigen Ausnahmen abgesehen – frei von Arbeit bleiben.

Öffentlichen Dienst in Bayern zukunftssicher gestalten

Zustimmung und Akzeptanz zu staatlichen Entscheidungen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Institutionen hängt im Wesentlichen von der Qualität öffentlicher Dienstleistungen ab. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst braucht hervorragend motivierte und zufriedene Tarifbeschäftigte und Beamte, die unter guten Arbeitsbedingungen und angemessenen Arbeitszeiten ihre Fähigkeiten voll entfalten können. Der in den vergangenen Jahren angewachsene Personalmangel, verursacht durch den stetigen Personalabbau, Lohnkürzungen und zunehmender Leistungsdruck haben dem öffentlichen Dienst Schaden zugefügt und zu großen Problemen im Freistaat geführt, wie sich am Beispiel des Lehrermangels zeigt. Die Landesregierung hat hier als Arbeitgeber eine negative Vorbildfunktion eingenommen — auch für die Privatwirtschaft —, die dringend einer Korrektur bedarf.

Der DGB Bayern fordert für die neue Legislaturperiode

- Wir wollen eine Reduzierung der Arbeitszeit der Beamten auf die tarifliche Arbeitszeit im öffentlichen Dienst.
- Die im Freistaat beschäftigten Beamten brauchen Verhandlungsrechte zur Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen.
- Die Staatsregierung muss als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst in der Tarifgemeinschaft der Länder bleiben.
- Öffentliche Dienstleistungen sind frei zugängliche Güter für alle Bürger. Deshalb darf es zu keiner Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen kommen.

Gleichstellung wirklich anpacken

Frauen verdienen in Bayern im Durchschnitt 25 Prozent weniger als Männer. Rund 70 Prozent der Bezieher niedriger Einkommen sind Frauen. Frauen erhalten im Alter geringere Renten. Noch immer gibt es zu wenige Frauen in Führungspositionen in Politik, öffentlichen Dienst und Privatwirtschaft.

Der DGB Bayern fordert für die neue Legislaturperiode

- Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft im Jahr 2009.
- Gleichzeitig muss das bayerische Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst verbessert werden.
- Jedes Jahr berät der Bayerische Landtag einen Bericht zur Situation der Frauen in Bayern mit den Schwerpunkten Bildung, Ausbildung, Arbeit und Altersversorgung und zieht Konsequenzen daraus.
- Der Freistaat Bayern hat Vorbildfunktion: alle Positionen in Aufsichts- und Verwaltungsgremien, die durch die Staatsregierung besetzt werden, müssen zur Hälfte an Frauen vergeben werden.

Gutes Leben in Bayern

Öffentliche Aufgaben ausreichend finanzieren

Der DGB Bayern unterstützt grundsätzlich eine bayerische Haushalts- und Fiskalpolitik, die auf Schuldenabbau und Steuersenkung hinwirkt. Der DGB Bayern lehnt jedoch eine Haushaltspolitik ab, die zum Spardiktat für Bürgerinnen und Bürger in Bayern verkommt. Öffentliche Dienstleistungen, soziale und medizinische Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur und Investitionen in Bildung und Forschung dürfen nicht durch unsachgemäße Finanzausstattung vor Probleme gestellt oder aufgrund des Kostendruckes eingeschränkt werden. Gleichzeitig muss die Landespolitik dafür Sorge tragen, dass Steuergerechtigkeit hergestellt wird. Der Freistaat darf nicht grundlos und zugunsten privilegierter Bevölkerungsgruppen auf dringend benötigte Steuereinnahmen verzichten. Dies gilt insbesondere für die Steuern, die dem Landeshaushalt direkt zufließen. Für den DGB Bayern ist es nicht akzeptabel, dass die bisherige Landesregierung auf Steuereinnahmen aus der Erbschafts- und der Vermögenssteuer verzichtet. Rund 2 Mrd. Euro pro Jahr stünden dem Freistaat zusätzlich zur Verfügung für wichtige Zukunftsinvestitionen im Bildungssystem und im Gesundheitswesen.

Der DGB Bayern fordert für die neue Legislaturperiode

- Für die öffentlichen Aufgaben muss die Finanzkraft des Freistaates erweitert werden. Deshalb ist der Erhalt der Erbschaftsteuer mindestens in der bisherigen Höhe zwingend erforderlich. Die Mittel aus der Erbschaftsteuer müssen zum Ausbau von Ganztageschulen und Betreuungsangeboten eingesetzt werden.
- Die öffentlichen Investitionen in Krankenhäuser und stationären Pflegeeinrichtungen müssen erhöht werden.
- Um die Einnahmen zu erhöhen und Steuergerechtigkeit zu sichern, müssen die Finanzbehörden mit ausreichendem und qualifiziertem Personal ausgestattet werden.

Allen Kindern gleiche Chancen

Das wachsende Armutsproblem in Bayern zeigt sich besonders drastisch bei Kindern und Jugendlichen. Immer mehr Kinder in Bayern wachsen in Armut auf. Rund 130.000 Kinder unter 15 Jahre gelten als arm — mit ansteigender Tendenz. Arme Kinder sind gegenüber Kindern aus wohlhabenderen Familien stark benachteiligt. Armut wird vererbt. Fehlende oder niedrigere Schulabschlüsse, geringere berufliche Entwicklungschancen, unsichere Zukunftsaussichten und gesundheitliche Nachteile sind die direkten Folgen von Kinderarmut. Kinderarmut verursacht Bildungsarmut, Chancenarmut und Perspektivlosigkeit mit oft lebenslangen Folgen. Um den Teufelskreis Armut zu durchbrechen, ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig, das die verschiedenen Ursachen für Armut an ihrer Wurzel wirksam anpackt.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Die künftige Landesregierung erarbeitet im Auftrag des bayerischen Landtages ein Gesamtkonzept zur Beseitigung von Kinderarmut und Armutsprävention in Bayern. Grundlage muss der bayerische Sozialbericht sein. Das Konzept muss Ziele, Maßnahmen und finanzielle Ausstattung zur Beseitigung von Kinderarmut verbindlich festlegen.

- vorschulisches und schulisches Umfeld müssen stärker ins Zentrum von Aktivitäten zur Armutsprävention gerückt werden.
- Notwendig ist ein flächendeckendes Angebot an Ganztageschulen mit kostenloser Schulspeisung.
- Die tatsächlichen Schulkosten und eine Einschulungspauschale zum Schuljahresbeginn müssen im Sozialgeld berücksichtigt werden.
- Kinder und Jugendliche aus sozial schlechter gestellten Familien erhalten zusätzliche Betreuungsangebote (kompensatorische Erziehung).
- Alle Kinderbetreuungsangebote müssen kostenfrei sein.

Gute Bildung für alle

Qualifizierte Bildung, gute Abschlüsse, ein förderndes Schulsystem, um alle auf dem Weg in die Wissensgesellschaft mitzunehmen, gelten als Schlüssel für eine gesicherte Zukunft im Erwerbsleben. Bayern hat im Ländervergleich in der Bildungspolitik Erfolge vorzuweisen, aber zu viele bleiben auf der Strecke. Vor allem die soziale Auslese ist in Bayern so groß wie in keinem anderen Bundesland. Das dreigliedrige Schulsystem baut für zu viele Schüler unüberbrückbare Hürden. Wer alle Bildungsreserven nutzen will, darf bayerische Jugendliche, insbesondere diejenigen mit ausländischen Wurzeln, nicht zurück lassen.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Die flächendeckende Einführung der rhythmisierten Ganztageschule in Bayern. Sie ermöglicht lernförderlichen Unterricht, Unterstützung beim Lernen und sozialen Zusammenhalt. Damit können auch die sozialen Wasserscheiden in der bayerischen Bildungspolitik ausgetrocknet werden.
- Bayern braucht eine Schule für alle! Damit gelingt es, alle Begabungen wirklich zu fördern und die Studienquote dem internationalen Durchschnitt entsprechend zu erhöhen. Bildung ist ein öffentliches Gut. Wir wollen kostenfreie Bildung für alle. Deshalb wird als einer der ersten Schritte die Studiengebühr in Bayern wieder abgeschafft.

Familien und Beruf unter einen Hut bringen

Immer mehr Väter und Mütter wollen Kinder erziehen und gleichzeitig erwerbstätig sein. Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen erschweren dies genauso wie fehlende qualifizierte und gutbezahlte Arbeitsplätze. Bayern hat in allen Bereichen der Ganztagesbetreuung insbesondere aber beim Betreuungsangebot für unter dreijährige Kinder einen gewaltigen Nachholbedarf.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Notwendig ist ein landespolitischer Aktionsplan, der verbindlich festlegt, bis wann und mit welchen finanziellen Mitteln der flächendeckende Ausbau hochwertiger Betreuungsangebote für alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr erfolgen soll.
- Bayern braucht einen garantierten Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Krippenplatz für Kinder unter drei Jahren. Ziel ist, die Betreuungsquote der unter 3-jährigen überall in Bayern auf über 35% zu steigern.

Armut beseitigen

Im wohlhabenden Bayern steigt die Zahl armer Menschen. Rund eine dreiviertel Millionen Menschen sind Hartz IV-Empfänger oder erhalten Sozialhilfe. Die Zahl der Armutstafeln steigt rapide an. Armut erzeugt nicht nur handfeste materielle Probleme für die Betroffenen, sondern verursacht zudem soziale Isolation und in vielen Fällen auch gesundheitliche Spätfolgen. Arme Menschen sind in ihrer Not zusätzlich einem hohen psychosozialen Druck ausgesetzt, sodass sie oft versuchen, ihre Mittellosigkeit gegenüber ihrem sozialen Umfeld zu verstecken.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- die Parteien im neuen Landtag machen die Bekämpfung von Armut in Bayern zum Schwerpunktthema für die nächsten fünf Jahre.
- Der Regelsatz für Arbeitslosengeld II und Sozialgeld muss erhöht und entsprechend der tatsächlichen Preissteigerungsrate dynamisiert werden.
- Kosten für Unterkunft und Heizung müssen entsprechend der lokalen Verhältnisse flexibler gestaltet werden
- Das Sozialgeld muss die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen realistisch berücksichtigen. Dazu ist ein eigenständiger Regelsatz für Kinder und Jugendliche notwendig, der bspw. zusätzliche Bildungskosten einschließt.
- Einmalige Sonderleistungen, zum Beispiel für die Ersatzbeschaffung von Haushaltsgeräten, müssen wieder eingeführt werden.
- Zur Armutsvorbeugung ist eine flächendeckende Schuldner- und Insolvenzberatung in Bayern unbedingt notwendig. Dazu müssen durch den Freistaat Bayern Finanzmittel in Höhe von mindestens 5 Mio. Euro jährlich bereitgestellt werden.

Altersarmut verhindern

Die Politik hat das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten kontinuierlich gesenkt — und es sinkt in den nächsten Jahren weiter. Gleichzeitig boomt schlecht bezahlte Arbeit mit dramatischen Folgen für die Betroffenen im Alter. Ohne Gegenmaßnahmen breitet sich Altersarmut schon in wenigen Jahren massenhaft aus. Auch in Bayern weisen alle Daten darauf hin: Frauen erhalten bereits heute nur eine Altersrente von durchschnittlich 490 Euro pro Monat. Die Altersrente bei Männern beträgt im Durchschnitt 976 Euro. Die Zahl zusätzlich arbeitender Rentner ist deutlich gestiegen. Derzeit bessern rund 126.000 Ruheständler durch einen Nebenjob ihre Rente auf.

Der DGB fordert für die neue Legislaturperiode

- Der DGB Bayern fordert eine Bundesratsinitiative des Freistaates für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Oberste Priorität der Rentenpolitik auf Bundesebene muss die Verhinderung von Altersarmut und die Sicherung des Lebensstandards im Alter haben.
- Das Absinken des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rente muss gestoppt werden. Sowohl der Riesterfaktor als auch der Nachhaltigkeitsfaktor sind aus der Rentenanpassungsformel zu streichen.
- Für Menschen ohne Arbeit oder mit nur geringen Einkommen müssen die Rentenansprüche ähnlich wie für Kindererziehungszeiten deutlich aufgewertet werden.